



**Bank**  
für Sozialwirtschaft

## **GESCHÄFTSBERICHT 2006**





**BERICHT ÜBER DAS 84. GESCHÄFTSJAHR 2006  
BERLIN/KÖLN**



# INHALT

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41
42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55
56	57	58	59	60	61								

- 04 Zur strategischen Ausrichtung
- 05 BFS auf einen Blick
- 06 Aufsichtsrat
- 07 Organe
- 08 Zentralbeirat
- 10 Bericht des Vorstandes
  - 10 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
  - 16 Sozialwirtschaftliche Entwicklungen
  - 22 Lagebericht 2006
  - 30 Entwicklung der Tochterunternehmen
- 34 Bericht des Aufsichtsrates
- 37 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006
- 41 Gewinn- und Verlustrechnung
- 44 Anhang 2006
- 57 Bestätigungsvermerk
- 58 Geschäftsstellen und Repräsentanzen

## ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG

SEITE 4|5

Mit der Einführung der Standardsoftware SAP und der gleichzeitigen Realisierung eines Datawarehouse zum 1. Juli 2006 hat sich die Bank für Sozialwirtschaft AG im Geschäftsjahr 2006 einer immensen Herausforderung gestellt: Nach insgesamt rund zwei Jahren intensiver Arbeit haben wir jetzt eine solide und ausbaufähige softwaretechnische Basis für die Anforderungen der Zukunft geschaffen.

In der praktischen Umsetzung bedeutete dies vor allem Zweierlei: Wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter maximal belastet. Neben ihren eigentlichen Aufgaben waren sie intensiv in der Projektarbeit gefordert, sowohl in der Vorbereitung als auch in der Nachbereitung der Softwareeinführung. Ohne das außerordentlich hohe Engagement aller Beteiligten hätten wir den geplanten Zeitrahmen sicherlich nicht einhalten können. Zum anderen hatte die Bank durch die Projekte einen hohen Kostenaufwand zu verkraften.

Umso erfreulicher ist es, dass wir 2006 unsere positive Geschäftsentwicklung unverändert fortsetzen konnten.

Profitiert hat die Bank für Sozialwirtschaft AG dabei erneut von ihrer konsequenten strategischen Ausrichtung auf das Sozial- und Gesundheitswesen und von ihrem guten Image in dieser Branche. Kontinuierlich arbeiten wir daran, die Bankleistungen am aktuellen Bedarf der Sozialwirtschaft auszurichten und immer wieder neue Angebote zu entwickeln, die unsere Kunden in einer wirtschaftlichen Betriebsführung unterstützen. Regelmäßig schulen wir zudem unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den finanzierungsrelevanten Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Damit können diese neben dem bankfachlichen Know-how ein Verständnis für die Branche entwickeln, das durch die persönlichen Kundenkontakte vertieft wird.

Die Entwicklungen in der Sozialwirtschaft bieten unserem Institut auch für die nächsten Jahre sehr gute Wachstumschancen. Rückgang und Umstrukturierung der öffentlichen Förderung führen dazu, dass die Akteure im Sozial- und Gesundheitswesen generell Banken stärker in Anspruch nehmen als in der Vergangenheit. Während branchenunerfahrene Kreditinstitute wegen einer im Vergleich zu früher erhöhten Insolvenzgefahr die Sozialwirtschaft teilweise meiden, haben wir eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die uns z. B. eine fundierte Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Situation und der künftigen Perspektiven potentieller Kreditnehmer ermöglicht. Dazu gehört nicht nur ein branchenspezifisches Ratingssystem, sondern u. a. ein Früherkennungssystem und Benchmarkingsysteme.

Derzeit ist die Aufmerksamkeit der sozialwirtschaftlichen Akteure in der Zusammenarbeit mit Banken noch vorrangig auf das Kreditgeschäft gerichtet. Wir rechnen jedoch damit, dass in den nächsten Jahren weitere Instrumente der Unternehmensfinanzierung eine zunehmende Bedeutung erhalten werden. Darauf bereiten wir uns vor. Einige Instrumente bieten wir bereits selbst an, andere untersuchen wir derzeit auf ihr Potential für unsere Branche.

In welchen Feldern wir im Geschäftsjahr 2006 aktiv waren, um unsere Position als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozialwirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

## BFS AUF EINEN BLICK

	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung in Mio. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	4.548,2	4.228,9	319,3	7,6%
Eigengeschäft	4.373,5	4.055,3	318,2	7,8%
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	119,9	106,9	13,0	12,2%
Forderungen an Kreditinstitute	206,1	115,6	90,5	78,3%
Wertpapiere	1.994,4	1.825,6	168,8	9,2%
Forderungen an Kunden	2.104,6	1.920,9	183,7	9,6%
Treuhandkredite	174,7	173,6	1,1	0,6%
Einlagen von Kreditinstituten	1.467,8	1.337,8	130,0	9,7%
Einlagen von Kunden	2.607,4	2.438,8	168,6	6,9%
• täglich fällig	1.216,5	1.241,0	-24,5	-2,0%
• Festgelder	1.313,3	1.116,4	196,9	17,6%
• davon Sparbriefe	39,9	41,8	-1,9	-4,5%
• Spareinlagen	77,6	81,4	-3,8	-4,7%
eigene Schuldverschreibungen	30,8	30,2	0,6	2,0%
Zinsüberschuss	67,9	63,7	4,2	6,6%
Provisionsergebnis	5,2	5,8	-0,6	-10,3%
Betrieblicher Aufwand	-41,1	-39,5	-1,6	4,1%
Betriebsergebnis	35,4	31,4	4,0	12,7%
Jahresüberschuss	19,8	16,8	3,0	17,9%

# AUFSICHTSRAT

SEITE 6|7

- Wolfgang Altenbernd  
Geschäftsführer, AWO - Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., Dortmund
- Christian Graf von Bassewitz  
Bankier i. R.
- Dr. Robert Batkiewicz  
Geschäftsführer, Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e.V., Köln  
(Vorsitzender des Aufsichtsrates bis zum 22.06.2006)
- Rainer Brückers  
Bundesgeschäftsführer, AWO - Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin
- Dr. h. c. Jürgen Gohde  
Präsident a. D. des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Berlin
- Rüdiger Schmidtchen  
Stv. Hauptgeschäftsführer, DPWW - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V., Berlin (bis zum 22.06.2006)
- Dr. Ulrich Schneider  
Hauptgeschäftsführer, DPWW - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V., Berlin (seit 22.06.2006)
- Paul-Werner Schöndorf  
Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V., Freiburg
- Berthold Simons  
Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführung, DRK-Krankenhaus GmbH, Berlin (seit 01.01.2007 Kaufmännischer Direktor i. R.)
- Dr. Wolfgang Teske  
Finanzdirektor, Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart  
(Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates seit 22.06.2006)
- Dr. Ernst Thiemann  
Geschäftsführer i. R., Oberaudorf
- Michael Warman  
Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Frankfurt am Main
- Professor Dr. Manfred Willms  
Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat, Berlin  
(Vorsitzender des Aufsichtsrates seit dem 22.06.2006, zuvor stv. Vorsitzender)



## ORGANE

### VORSTAND

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
- Dietmar Krüger, Köln

### GENERALBEVOLLMÄCHTIGTER

- Dr. Arnd Verleger, Köln

### PROKURISTEN UND DIREKTOREN

- Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
- Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
- Thomas Kahleis, Direktor Personal, Organisation, Kommunikation, Köln
- Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
- Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

### GESCHÄFTSSTELLENLEITER

- Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
- Anke Buder, Leiterin der Geschäftsstelle Dresden
- Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
- Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
- Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover
- Enrico Meier, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg
- Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
- Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
- Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

## ZENTRALBEIRAT

SEITE 8|9

- Armin Bauer  
Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München (vom 01.08.2006 bis zum 31.12.2006)
- Walter Bockemühl  
Vorsitzender des Vorstandes, AOK-Rheinland-Pfalz, Eisenberg
- Volker Bredick  
Bundesvorstand, JUH - Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Berlin (seit 01.01.2007)
- Dietmar Bühler  
Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau
- Klaus Dahlmeyer  
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e.V., Karlsruhe
- Thomas Dane  
Abteilung Finanzen und Wirtschaft, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg, Innere Mission und Hilfswerk e.V., Berlin
- Silvia Dobrindt  
Geschäftsführerin, Personalberatung, Leichlingen
- Thomas Doerr  
Geschäftsführer, Cebona GmbH, Berlin
- Willi Esser  
Kaufmännischer Vorstand, Johannes Seniorendienste e.V., Bonn
- Günter Famulla  
Vorsitzender des Vorstandes, Paritätischer Niedersachsen e.V., Hannover
- Franz-Heinrich Fischler  
Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Berlin
- Dr. Gabriele Girke  
Landesgeschäftsführerin, DPWW – Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen Anhalt e.V., Magdeburg (seit 01.10.2006)
- Manfred Kallenbach  
Hauptgeschäftsführer, Die Rummelsberger Dienste für Menschen gGmbH, Schwarzenbruck (seit 01.01.2007)
- Wolfgang F. Kraft  
Stv. Vorsitzender des Vorstandes, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg
- Pastor Dr. Udo Krolzik  
Vorsitzender des Vorstandes, Evangelisches Johanneswerk e.V., Bielefeld
- Professor Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang  
Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen
- Oswald Menninger  
Geschäftsführer, DPWW – Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Berlin
- Bernd Molzberger  
Geschäftsführer, Marienhaus GmbH, Waldbreitbach

- Hans-Herbert Müller  
Geschäftsführer, MTG Malteser-Trägersgesellschaft gGmbH, Bonn
- Wilhelm Müller  
Geschäftsführer, ASB Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesverband e.V., Köln
- Andreas Niedermeier  
Sprecher der Geschäftsleitung, AWO - Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V., München
- Hans-Peter Niemeier  
Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, AWO - Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin
- Johann Wilhelm Römer  
Generalsekretär a. D., Mainz
- Niko Roth  
Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg im Breisgau (seit 01.01.2007)
- Bernd Scheweling  
Vorstand, Curanum Holding AG, München
- Josef Schmitz-Elsen  
Generalsekretär a. D., Bonn – Bad-Godesberg
- Elfi Scho-Antwerpes  
Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppenvorsitzende, DPWW - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V., Köln
- Peter Schöne  
Geschäftsführer, DRK Trägersgesellschaft Süd-West mbH, Mainz
- Leonhard Stärk  
Landesgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes, München (seit 01.01.2007)
- Dr. Jörg Steinhausen  
Landesgeschäftsführer, DPWW - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Wuppertal
- Hans-Günther Strothotte  
Landesgeschäftsführer, DPWW - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg (bis zum 31.07.2006)
- Christa Prinzessin von Thurn und Taxis  
Präsidentin, Bayerisches Rotes Kreuz e.V., Schwangau (bis zum 31.07.2006)
- Christian Tölken  
Kaufmännischer Hauptgeschäftsführer, Die Rummelsberger Dienste für Menschen gGmbH, Schwarzenbruck (bis zum 31.08.2006)
- Clemens Graf von Waldburg-Zeil  
Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Berlin
- Dr. Hans Wendtner  
Stellvertretender Geschäftsführer, Deutsche Bischofskonferenz, Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn

## **BERICHT DES VORSTANDES**

### **WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN**

SEITE 10|11

Die deutsche Volkswirtschaft erlebte mit einem preisbereinigten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,7 % auf Jahresbasis in 2006 die stärkste Belebung seit dem Boomjahr 2000. Eine zusätzliche Kalendereinigung – das Jahr 2006 umfasste zwei Arbeitstage weniger als das Vorjahr – erhöht das Wachstumsergebnis sogar auf 2,9 %. Erstmals seit drei Jahren übertraf der Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung (1,7 Prozentpunkte) den des Außenhandels (0,7 Prozentpunkte).

Alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei trugen positiv zur Expansion der Wirtschaftsleistung bei. Auffällig stark stieg mit 4,0 % die Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe. Sie wurde nur vom Zuwachs im Produzierenden Gewerbe übertroffen (+ 4,9 %). Auch in den Sektoren Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+ 3,2 %), Finanzierung und Vermietung (+ 1,9 %) sowie öffentliche und private Dienstleistungen (+ 0,3 %) erhöhte sich die Wirtschaftsleistung.

#### **SPRUNGHAFTER ANSTIEG DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT**

Besonders dynamisch entwickelten sich die Bruttoanlageinvestitionen. Mit einer Veränderungsrate von 5,3 % kam es hier zur stärksten Ausweitung seit der Wiedervereinigung. In Ausrüstungen wurde 7,3 % mehr investiert als im Vorjahr und bei den Bauinvestitionen wurde mit einem Anstieg um 3,6 % die jahrelange Schwächeperiode beendet. Eine merkliche Steigerung gab es auch bei den Investitionen in sonstige Anlagegüter (+ 5,9 %).

Die Hauptfaktoren für das freundliche Investitionsklima waren die weltwirtschaftliche Expansion, die verbesserten Absatzbedingungen im Inland und der Modernisierungsbedarf der Unternehmen (z. B. im Softwarebereich). Den finanziellen Spielraum für die Ausweitung der Investitionstätigkeit schufen die wegen der hohen Unternehmensgewinne der letzten Jahre gute Eigenmittelausstattung der Unternehmen, eine mittlerweile weit vorangeschrittene Konsolidierung der Unternehmensbilanzen und die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen.

Die klassische Form der Außenfinanzierung der Unternehmensinvestitionen über Banken erfuhr nach langer Zeit der Stagnation eine moderate Ausweitung (ca. + 1,7 %). Die Finanzierung über Unternehmensanleihen spielte trotz eines Anstiegs der entsprechenden Emissionen für den Unternehmenssektor insgesamt weiterhin keine bedeutende Rolle. Die Innenfinanzierung wurde durch die positive Entwicklung bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen erleichtert, so dass die Innenfinanzierungsquote erneut auf einem hohen Niveau liegen sollte (2005: 90 %).

#### **POSITIVE ENTWICKLUNG DER KONSUMKONJUNKTUR**

Die privaten Haushalte weiteten ihre Konsumausgaben um 0,6 % aus, der staatliche Verbrauch stieg um 1,7 % (nach + 0,6 % in 2005). Grundlage für die leichte Zunahme war die sich im Jahresverlauf aufhellende Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Da die Konsumausgaben mit + 2,0 % stärker stiegen als das verfügbare Einkommen (wie in den Vorjahren + 1,7 %), kam es zu einer zwar verhaltenen, aber immerhin seit dem Jahr 2000 erstmaligen Absenkung der Sparquote (von 10,5 % nach 10,6 % im Vorjahr).

Die Entwicklung der Konsumausgaben verlief nicht stetig. Die Zunahme zeigte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte, da die privaten Haushalte Ausgaben für langlebige Konsumgüter vorzogen, um so die für den 1. Januar 2007 anstehende Anhebung der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte zu vermeiden.

Im Rahmen der staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich vor allem die Sachleistungen von Gesetzlicher Krankenversicherung und Sozialer Pflegeversicherung überdurchschnittlich.

#### **WEITERHIN FLORIERENDER AUßENHANDEL**

Beim weiterhin dynamischen Außenhandel haben sich die Wachstumsraten der Exporte (real +12,4 %) und der Importe (real +12,1 %) im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Unterstützung erfuhr das Exportgeschäft durch den konjunkturellen Aufwärtstrend in den für die deutschen Exporteure



besonders wichtigen europäischen Absatzmärkten. Auch die Nachfrage von außerhalb der Eurozone zog kräftig an. Es kam zu einer starken Ausweitung des Warenhandels mit der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten sowie den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Darüber hinaus traten die Öl exportierenden Länder erneut als rege Nachfrager deutscher Exportgüter auf. Der bremsende Effekt einer steigenden Notierung des Euro gegenüber dem US-Dollar wurde durch die beflügelte weltwirtschaftliche Nachfrage sowie eine für die deutsche Exportwirtschaft günstige Kosten- und Preisentwicklung mehr als kompensiert.

Der kräftige Anstieg des Importvolumens in 2006 fußt auf der festeren Binnennachfrage sowie auf der erhöhten Einfuhr von Vorleistungsgütern. Einen merklichen Einfluss hatten auch die bereits erwähnten vorgezogenen Ausgaben für langlebige Konsumgüter. Die hemmenden Impulse gestiegener Importpreise – insbesondere wegen der stetigen Verteuerung der Energieträger – wurden durch die höhere Kaufkraft des Euro gedämpft.

## AUFSCHWUNG AM DEUTSCHEN ARBEITSMARKT

In 2006 hat sich der konjunkturelle Aufwärtstrend erstmals seit Jahren auch in einer Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer stieg um rund 0,75 % auf 39,02 Mio. Personen. Bei den als arbeitslos registrierten Personen gab es einen Rückgang um rund 374.000 Personen bzw. rund 7,7 % auf 4,49 Mio. im Jahresmittel. Dementsprechend verminderte sich die Arbeitslosenquote gegenüber dem Jahr 2005 deutlich um 0,9 Prozentpunkte auf 10,8 %. Dabei sank die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland (von 18,7 % auf 17,3 %) etwas kräftiger als in Westdeutschland (von 9,9 % auf 9,1 %).

Nach den ausgeprägten Rückgängen der Vorjahre kam es auch bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in 2006 zur Trendwende; im Jahresdurchschnitt war eine Zunahme um rund 90.000 Personen (0,34 %) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der Anstieg der Anzahl der gemeldeten offenen

Stellen zeigte 2006 eine zunehmende Intensität. Ungeförderte Stellen machten im Jahresdurchschnitt ungefähr zwei Drittel des gesamten Stellenangebots aus.<sup>1</sup> Der Jobaufbau erreichte in West- und Ostdeutschland in etwa das gleiche Ausmaß. Erneut hatte im Berichtsjahr der Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten einen erheblichen Einfluss auf die positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Leider ging die erfreuliche Arbeitsmarktentwicklung des Jahres 2006 erneut an den Problemgruppen des Arbeitsmarkts – den Geringqualifizierten und den Langzeitarbeitslosen – weitgehend vorbei. Auf dem Berufsausbildungsstellenmarkt hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahr sogar verschlechtert. Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnete einen Anstieg der Ausbildungsplatzsuchenden bei gleichzeitigem Rückgang der verfügbaren Ausbildungsstellen.

## STAATSDEFIZIT DEUTLICH UNTER DREI PROZENT

Der Staatssektor, bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, weist für 2006 ein Finanzierungsdefizit von 39,5 Mrd. Euro aus. Auf den Bund entfällt ein Fehlbetrag von 34,9 Mrd. Euro; das Länderdefizit liegt bei 9,7 Mrd. Euro. Bei den Gemeinden und den Sozialversicherungen ergab sich ein Überschuss von 1,2 Mrd. Euro bzw. 3,9 Mrd. Euro. Während die Einnahmenquote im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,53 %-Punkte auf 44,08 % gestiegen ist, kam es bei der Ausgabenquote erneut zu einem Rückgang (auf 45,80 % nach 46,79 % in 2005).

Das nach den Maßgaben des Euro-Stabilitätspaktes berechnete gesamtstaatliche Defizit beläuft sich für das Jahr 2006 auf 1,7 % des BIP in jeweiligen Preisen, womit Deutschland erstmals seit dem Jahr 2001 wieder den Referenzwert des Haushaltsdefizits nach dem Maastrichtvertrag von 3 % unterschreitet. Die Verringerung des Defizits hat ein kräftiger, konjunkturbedingter Anstieg der Einnahmen aus den ertragsabhängigen Steuern in Kombination mit einer moderaten Ausgabenpolitik ermöglicht. Trotz der rückläufigen Neuverschuldung und den perspektivischen Mehreinnahmen aus den in 2007 in Kraft ge-

<sup>1</sup> Geförderte Stellen sind Stellen für Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen und Personal-Service-Agenturen.

tretenen Steuererhöhungen bestehen angesichts einer Staatsverschuldung in Höhe von rund 1.500 Mrd. Euro die Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten aber unverändert fort.

Die vorteilhafte Entwicklung der Finanzsituation der Sozialversicherungen war sowohl auf einen Anstieg der Einnahmen als auch auf einen Rückgang der Ausgaben zurückzuführen. Einnahmenseitig wirkte sich bei allen Komponenten (Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung) insbesondere die Vorverlegung der Fälligkeit des Gesamtversicherungsbeitrags ab Januar 2006 positiv aus. Der Bundesagentur für Arbeit beispielsweise wurde hierdurch nahezu ein vollständiger Monatsbeitrag zusätzlich beschert.

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung setzte sich abgesehen von diesem Sondereffekt die seit längerem bestehende Einnahmeschwäche fort. Ausgabenseitig ermöglichte vor allem eine Reduktion der Verwaltungskosten einen leichten Rückgang. Die eigentlichen Rentenausgaben erhöhten sich durch einen Anstieg der Netto-Rentenzugänge. Bei den Zahlungen an die Bestandsrentner gab es dagegen das dritte Jahr in Folge keine Anhebung. Nominale Rentenkürzungen konnten wie im Vorjahr nur durch eine Schutzklausel verhindert werden.

Die Bundesagentur für Arbeit hat das Jahr 2006 mit einem Überschuss von 11,2 Mrd. Euro abgeschlossen. Einnahmen von insgesamt 55,4 Mrd. Euro standen Aufwendungen in Höhe von 44,2 Mrd. Euro gegenüber. Die Zunahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung und der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter ergaben einen Zuwachs der Beitragseingänge um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr. Seitens der Ausgaben sorgte vor allem der Rückgang der Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld für eine Unterschreitung der Plandaten. Diese Entwicklung wurde alleine von einer rückläufigen Zugangsrate getragen. Darüber hinaus wurden Einsparungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgenommen.

In der Gesetzlichen Krankenversicherung hat sich in 2006 der Trend der kräftigen Ausgabensteigerungen bei schwacher Beitragsentwicklung fortgesetzt. Vor allem aufgrund eines erhöhten Bundeszuschusses zeichnet sich dennoch wie im Vorjahr ein Finanzüberschuss ab. Auch bei der Sozialen Pflegeversiche-

rung hat das Vorziehen des Beitragszahlungstermins für eine finanzielle Entspannung gesorgt. Es ist ein Überschuss von rund 400 Mio. Euro zu erwarten. Dass sich ohne diesen einmaligen Effekt erneut ein Finanzdefizit ergeben hätte, verdeutlicht den nach wie vor dringenden Reformbedarf in der Pflegeversicherung. Die Eckpunkte eines solchen Reformvorhabens sind bereits im Koalitionsvertrag festgehalten. Ausgabenseitig sind dies eine inflationsausgleichende Dynamisierung der Leistungen, eine Neufestlegung der Leistungspauschalen unter der Prämisse „ambulant vor stationär“ sowie eine Verbesserung der Leistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Des Weiteren sollen ein Finanzausgleich zwischen Gesetzlicher und Privater Pflegeversicherung sowie in der Gesetzlichen Pflegeversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung eingeführt werden. Entsprechende Maßnahmen wurden allerdings erneut verschoben.

## EUROZONE: FORTSETZUNG DES GELDPOLITISCHEN STRAFFUNGSKURSES

Die Wirtschaft der Eurozone überschritt mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von rund 2,5 % erstmals seit dem Jahr 2000 wieder ihr Potentialwachstum. Die wesentlichen Impulse gingen von der Binnenwirtschaft aus. Unterstützung kam auch von der regen Nachfrage nach europäischen Produkten auf den Weltmärkten. Das Wachstum des privaten Verbrauchs blieb hingegen verhalten. Der Aufschwung war wegen des starken Energiepreisdruks begleitet von einer jahresdurchschnittlichen Verbraucherpreisinflation von 2,2 %. Diese lag über der Obergrenze der Definition der Europäischen Zentralbank (EZB) für Preisstabilität von 2,0 %.

Auf den konjunkturellen Aufschwung im Euroraum, den kräftigen Anstieg der Energiepreise und das starke Geldmengen- und Kreditwachstum reagierte die EZB mit einer Fortsetzung ihres geldpolitischen Straffungskurses. Der Mindestbietungssatz auf die Hauptfinanzierungsgeschäfte wurde in fünf Schritten um 1,25 Prozentpunkte auf 3,5 % angehoben. Da der für die Konjunktur der Eurozone neutrale Leitzins bei rund 4,0 % liegt, blieb die Geldpolitik der EZB auch nach den Zinserhöhungen leicht expansiv ausgerichtet.

## USA: LEITZINSSATZ AUF NEUTRALES NIVEAU GESTIEGEN

Die Zentralbank der Vereinigten Staaten (Fed) hat vor dem Hintergrund eines kräftigen Wirtschaftswachstums in der ersten Hälfte des Jahres 2006 ihren Zinserhöhungskurs fortgesetzt. In vier Schritten stieg der Zielsatz für den Tageszins auf 5,25 % und damit auf ein konjunkturell neutrales Niveau. Im weiteren Jahresverlauf kam es zu Zweitrundeneffekten der gestiegenen Energiepreise auf die Kernrate der Verbraucherpreis-inflation. Auf deren Anstieg in Richtung 3,0 % wurde allerdings nicht mit einer weiteren Straffung der Geldpolitik reagiert, da sich in der zweiten Jahreshälfte den erhöhten inflatorischen Risiken Vorzeichen einer konjunkturellen Abschwächung gegenüberstellten.

## ANSTIEG DER ANLEIHERENDITEN

In den ersten Monaten des Jahres 2006 kam es zu einer aufwärtsgerichteten Korrekturbewegung der Kapitalmarktzinsen. Einhergehend mit der günstigeren Konjunkturlage in der Eurozone und den USA revidierten die Marktteilnehmer ihre Zinserwartungen nach oben. Darüber hinaus führten die weiter kräftig steigenden Ölpreise im Verlauf des Jahres zunehmend zu höheren Inflationserwartungen. Die Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere erhöhte sich von 3,2 % zum Jahresbeginn auf 4,0 % zur Jahresmitte. In diesem aber nach wie vor niedrigen Niveau spiegeln sich drei, den Rentenmarkt maßgeblich beeinflussende strukturelle Faktoren wider, die eine hohe Nachfrage nach lang laufenden Anleihen und einen entsprechenden Druck auf die Renditen bewirkten. Zum einen weiten asiatische Notenbanken ihre Bestände an Devisenreserven aus, um eine Aufwertung ihrer Währungen zu verhindern. Zum anderem werden die aus dem Ölgeschäft erzielten Einnahmen Erdöl exportierender Staaten zu einem großen Teil in festverzinslichen Papieren „recycelt“. Und nicht zuletzt treten Pensionskassen verstärkt als Nachfrager lang laufender Anleihen in Erscheinung.

In der zweiten Jahreshälfte gingen die langfristigen Renditen sowohl in der Eurozone als auch in den Vereinigten Staaten

wieder leicht zurück. Hauptursache hierfür waren insbesondere die zunehmenden Bedenken der Marktteilnehmer hinsichtlich einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den Vereinigten Staaten. Zudem lenkte die Libanon-Krise den Blick wieder stärker auf weltpolitische Risiken. Unterstützend wirkten auch Signale der US-Notenbank, den Zinserhöhungskurs auszusetzen. Erst als sich im Dezember der konjunkturelle Ausblick in den USA und der Eurozone stärker als erwartet aufklärte und die bereits aufgekommenen Spekulationen über eine Leitzinssenkung in den USA abflauten und im Euroraum die Zinserhöhungserwartungen nach oben revidiert wurden, gerieten die Anleiherenditen erneut unter Druck.

Die bereits in 2005 zu beobachtende Abflachung der Zinsstrukturkurve setzte sich in 2006 sowohl in der Eurozone als auch in den USA fort. Der Anstieg der kurzfristigen Zinsen fiel deutlich stärker aus als die Erholung der langfristigen Anleiherenditen.

## WECHSELHAFTES JAHR FÜR DIE AKTIENMÄRKTE

Das Jahr 2006 hielt für die internationalen Aktienmärkte wie schon in den vorausgegangenen drei Jahren insgesamt robuste Kurszuwächse bereit. Der Deutsche Aktienindex (DAX) beendete das Jahr mit einem Zuwachs um 22,0 % gegenüber dem Jahresbeginn. Die Entwicklung verlief allerdings nicht gleichmäßig. Bis Anfang Mai war der Aktienhandel vor allem von den Aussichten auf solide Unternehmensgewinne, positive Konjunkturdaten sowie rückläufige Ölpreise geprägt und der Verlauf der Kurse stetig aufwärts gerichtet. Von Mai bis August kam die Dynamik auf den internationalen Handelsplätzen dann merklich ins Stocken. Der Libanon-Konflikt und die Raketentests Nordkoreas führten den Anlegern erneut die weltpolitischen Risiken vor Augen. Belastend wirkten auch die abermals steigenden Rohölpreise sowie die vom Inflationauftrieb geschürten Zinserhöhungsängste in den USA. In den Folgemonaten sorgten dann die Erwartungen positiv übertreffende Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten aus der Eurozone und den USA, eine Stabilisierung des Ölmarktes, die anhaltend kräftige Ertragsentwicklung der Unternehmen beiderseits des Atlantiks und eine deutlich gefallene Zinserhöhungswahr-



scheinlichkeit in den Vereinigten Staaten für eine Wiederaufnahme des Aufwärtstrends an den Aktienmärkten. Zuvor erreichte Höchststände der Kurse wurden sogar übertroffen.

### EURO VERBUCHT DEUTLICHE KURSGEWINNE

Nachdem der Euro im Vorjahr noch deutlich an Wert verloren hatte, erfuhr die Gemeinschaftswährung im Verlauf des Jahres 2006 eine nachhaltige Stärkung. Zum Jahresultimo lag ihr Wechselkurs zum US-Dollar 12,0 % über dem von Anfang des Jahres. Die Zinsdifferenz zwischen den USA und der Eurozone ist die treibende Kraft der Dynamik am Devisenmarkt. Folglich schöpfte der Euro sein Kurssteigerungspotential vor allem aus der Kombination von der sich abzeichnenden Abschwächung der US-Konjunktur und der damit parallel steigenden Wahrscheinlichkeit eines Endes des Zinserhöhungszyklus in den USA und dem fortdauernden Aufschwung in der Eurozone, der eine weitere Straffung der Geldpolitik durch die EZB erwarten ließ.

### AUSBLICK

Die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs der deutschen Volkswirtschaft sind gegeben. Allerdings wird vor allem wegen des restriktiveren Kurses der Fiskalpolitik die konjunkturelle Dynamik insgesamt etwas schwächer ausfallen als in 2006. Ein weiterhin robuster Zuwachs des Welthandels und die damit verbundenen guten Exportaussichten werden auch in 2007 viele Industriebranchen zu einer kräftigen Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit veranlassen. Auch wirken die abermals kräftig gestiegenen Unternehmens- und Vermögenseinkünfte sowie ein nach wie vor niedriges Kreditzinsniveau förderlich auf die Investitionsbereitschaft.

Hinsichtlich des Privaten Verbrauchs dürfte der befürchtete Nachfrageausfall als Folge von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Umsatzsteuererhöhung der deutschen Wirtschaft höchstens eine vorübergehende, das erste Quartal betreffende „Wachstumsdelle“ bescheren. Im weiteren Jahresverlauf sollte eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus die anstehenden Belastungen des real verfügbaren Einkommens auf gesamt-

wirtschaftlicher Ebene zumindest teilweise abfedern und so den Konsum stützen.

Eine Fortsetzung der moderaten Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre vorausgesetzt, werden vor allem die Mehreinnahmen im Zuge der Erhöhung der Umsatz- und Versicherungssteuer und die Einsparungen aufgrund der Kürzung von Steuerergünstigungen ihre Wirkung entfalten und eine weitere Verbesserung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte bewirken, ohne zusätzliche Konsolidierungsschritte überflüssig zu machen.

## BERICHT DES VORSTANDES

### SOZIALWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN

SEITE 16|17

Die Finanzierung der Sozialwirtschaft ist einem grundlegenden Paradigmenwechsel unterworfen. Dessen Entwicklungslinien sind im Berichtszeitraum deutlich hervorgetreten.

Zunächst ist festzustellen, dass das **Spektrum der Finanzierungsinstrumente** sich erweitert. Mit dem Rückgang der öffentlichen Investitionsmittel, dem Wechsel zur nachgängigen Investitionsförderung, den abnehmenden Trägermitteln und der schwindenden Verfügbarkeit von Eigenmitteln sind die Anbieter zunehmend auf weitere Finanzierungsinstrumente angewiesen. Insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich gewinnen neben dem klassischen Kredit u. a. Mezzanin-Finanzierung, Privatplatzierungen, Anleihen, Kapitalerhöhungen z. B. durch Aktionäre oder strategische Partner sowie Factoring und Leasing an Bedeutung.

Hinter der Rückführung bzw. Veränderung der öffentlichen Förderung und der gesetzlichen Neuregulungen der Finanzierungsmechanismen der Kostenträger steht in erster Linie eine ordnungspolitische Neuausrichtung. Dabei stehen die Veränderungen auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Deren Schuldenstand betrug 2006 1.485,4 Mrd. Euro; die Kassenkredite zur Überbrückung der kurzfristigen Liquiditätsgapss lagen 11 % über dem Vorjahreswert.

Nicht nur das Spektrum der Finanzierungsinstrumente, sondern auch das **Spektrum der Finanzierungsanlässe** weitet sich für Sozialunternehmen aus. Zu finanzieren sind neben der baulichen Infrastruktur und der Ausstattung zunehmend z. B. auch Rationalisierungsmaßnahmen, die Umgestaltung des Leistungsangebots, Leistungsinnovationen, Übernahmen und Fusionen. Des Weiteren geht es nicht mehr nur um die Finanzierung eines bestimmten Investitionsprojektes, sondern auch um Unternehmensfinanzierung, d. h. um das perspektivische Gestalten der Kapital- und Finanzierungsstruktur, die Sicherung von Liquidität und Investitionsfähigkeit sowie das Erreichen einer günstigen Ratingposition.

Zugleich ist das Spektrum der möglichen **Finanziers** in den Tätigkeitsbereichen der Sozialunternehmen breiter geworden. Neben den Banken treten als Finanziers u. a. private Anleger, institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionsfonds, Kapitalanlagegesellschaften etc.), Leasing- und Factoring-Gesellschaften und Finanzierungsgesellschaften von Systemlieferanten auf. Als anlagetechnische Vehikel fungieren z. B. Fonds und zukünftig die REITs<sup>2</sup>.

Hinzu kommt, dass mehr Finanzierungspotential über die **Innenfinanzierung** generiert werden muss. Hierbei spielt die wachsende Bedeutung des Leistungsverkaufs auch im Sozial- und Gesundheitsbereich eine große Rolle. Gefördert wird diese Entwicklung durch die verbreitet zum Einsatz kommende nachgängige Subjektförderung im investiven Bereich und durch die neuen Vergütungsmechanismen der Kostenträger wie fixe Einzelleistungsvergütung (z. B. DRGs, Fachleistungsstunden) und das persönliche Budget (SGB III § 103, SGB IX § 17, SGB IX § 57). Letzteres ist zurzeit in der Behindertenhilfe und im Pflegebereich in der Erprobung und wird ab 1.01.2008 im Bereich des SGB IX voll zur Geltung kommen. Die Einnahmengenerierung wird durch diese Veränderungen unmittelbar abhängig von der Nachfrage und der Kaufkraft sowie von den Wettbewerbspreisen.

Für die Bank für Sozialwirtschaft AG hat dies zur Konsequenz, dass sie neben der finanztechnischen Analyse in höherem Maße auch die Leistungskonzepte, die Marktentwicklung und die Managementkompetenz in den Blick nehmen muss, da diese für die Sicherung des Kapitaldienstes und die Zukunftsfähigkeit des Mittelnehmers eine größere Bedeutung bekommen haben.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Innenfinanzierung wird auch das Ausschöpfen der Wirtschaftlichkeitsreserven ein wichtiger Aktionsparameter der Sozialunternehmen. Die durch die Innenfinanzierung gewonnenen Mittel decken zumeist nicht den gesamten Investitionsbedarf; sie erhöhen jedoch die Eigenkapitalausstattung als Voraussetzung des Zugangs zu Fremdkapital.

<sup>2</sup> Real Estate Investment Trusts; s. Koalitionsvereinbarung vom 11.11.2005



## WACHSENDER FINANZIERUNGSBEDARF

Diese paradigmatischen Veränderungen der Finanzierung gehen einher mit einem wachsenden Finanzierungsbedarf im Sozial- und Gesundheitsbereich. Dieser ist nicht nur begründet in der seit Jahren andauernden Rückführung der öffentlichen Zuwendungen und dem dadurch bedingten hohen Investitionsstau. Ein Bedarf an Investitionsmitteln besteht mittlerweile vermehrt auch aus den folgenden Gründen:

**Rationalisierungsinvestitionen:** Mehr Investitionskapital ist erforderlich, um Rationalisierungen durchführen zu können, um Kosten zu senken, Investitionsmittel zu erwirtschaften und die Eigenkapitalbasis zu verbreitern.

**Steigerung der Kundenattraktivität:** Investitionskapital ist erforderlich, um unter den Bedingungen des zunehmenden Wettbewerbs konkurrenzfähig zu bleiben.

**Erweiterung und Erneuerung des Leistungsangebots:** Der zunehmende Finanzbedarf kann in diesem Fall nachfrageinduziert oder gesetzlich bzw. kostenträgerseitig induziert sein. Als Beispiel für steigenden nachfrageinduzierten Finanzierungsbedarf kann z. B. die demographisch bedingte Erhöhung der Zahl der Tagesstätten und Kindergärten um ein Vielfaches in den kommenden Jahren gelten; anzuführen ist auch die Ausweitung und zugleich Differenzierung der Wohn-, Betreuungs- und Pflegeleistungen für Senioren, bei denen der Anteil der über 65-jährigen von 2005 bis 2020 um 17,2 % wachsen wird. Ein weiteres Beispiel für zunehmenden Finanzierungsbedarf sind die Wohn- und Betreuungseinrichtungen für behinderte Menschen.

Um zur Umgestaltung bestehender Versorgungsstrukturen aktiv beizutragen, wirkt die Bank für Sozialwirtschaft AG in dem Netzwerk „Neues sozial gestalten“ mit. Gemeinsam mit der Bertelsmannstiftung, der Bremer Heimstiftung, der Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft, dem Evangelischen Johanneswerk und der Stiftung Liebenau wird das Ziel verfolgt, die bisherigen Versorgungsstrukturen für die Bedürf-

nisse und Erfordernisse der Betroffenen zu öffnen, so dass sie sich differenziert weiter entwickeln können.

Ein Teil des neuen Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit der Entwicklung des Leistungsangebots wird von den Kostenträgern und vom Gesetzgeber induziert. So haben z. B. Kostenträger Vereinbarungen mit den Anbietern zur Reduzierung des Bestandes an Wohneinrichtungen für behinderte Menschen und zur Umsteuerung in Richtung Ambulantes Betreutes Wohnen getroffen. Zielsetzung ist, bedürfnisgerechtere, differenzierte und nicht zuletzt auch kostengünstigere Versorgungsformen zu ermöglichen<sup>3</sup>. Die mit zusätzlichem Finanzierungsbedarf verbundene Veränderung des traditionellen stationären Bestandes, die Erweiterung der vorgelagerten Versorgungsformen und die Ambulantisierung erfasst zunehmend auch den Pflegebereich. Dies ist z. B. fixiert in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene<sup>4</sup> wie auch in der Koalitionsvereinbarung im Lande Berlin<sup>5</sup>. Eine Hinwendung zu ambulanter Versorgung ist auch im Rehabilitationsbereich auszumachen. Die Leistungen der ambulanten Rehabilitation werden sich voraussichtlich bis 2010 verdoppeln. Ein Beispiel für zu finanzierende neuartige Angebotsformen sind die Medizinischen Versorgungszentren. Ihr Bestand stieg von 341 (2005) auf 666 (2006).

**Größenwachstum:** Ein weiterer Finanzierungsbedarf entsteht bei der Optimierung der Betriebsgröße. Diese wird zunehmend angestrebt, um hiermit dem Kostendruck zu begegnen und die Selbst- und Fremdfinanzierungskraft zu stärken. Finanzmittel werden notwendig, um aus eigener Kraft zu wachsen, für Zusammenschlüsse und Aufkäufe. Im Berichtszeitraum fand ein gesteigerter Konzentrationsprozess insbesondere im Krankenhaus- und Pflegebereich statt; er wird nun auch verstärkt im Behinderten- und im Rehabilitationsbereich sichtbar. Es sind nicht nur gewerbliche Anbieter, die diese Entwicklung vollziehen, sondern verstärkt auch gemeinnützige.

**Neue Geschäftsmodelle:** Finanzierungsbedarf entsteht zudem aus dem Zwang, zukunftsfähige Geschäftsmodelle schaffen zu müssen. Anbieter sehen sich z. B. mit der unternehmens-

<sup>3</sup> z. B. Landschaftsverband Westfalen-Lippe 2006

<sup>4</sup> 11.10.2005

<sup>5</sup> 19.11.2006

strategischen Entscheidung konfrontiert, sich zu spezialisieren oder zu multifunktionalen Dienstleistungsunternehmen – ggf. entlang einer Wertschöpfungskette – zu entwickeln. So stehen Krankenhäuser z. B. vor der Frage, ob sie sich zu einem Gesundheitsanbieter mit einem Medizinischem Versorgungszentrum, einem Ärztehaus, einer Reha-Einrichtung und einem ambulanten Pflegedienst erweitern sollen. Diese Entwicklung wird durch den zunehmenden Wettbewerb und die zunehmende Branchendynamik forciert.

Wegen des steigenden Finanzierungsbedarfs im Sozial- und Gesundheitsbereich wird das Finanzierungspotential ein entscheidender Faktor im Wettbewerb. Zugleich entsteht durch die zunehmende Intensität des Wettbewerbs und den dadurch bedingten Zwang zum Aufbau und Erhalt einer nachhaltigen Marktposition zusätzlicher Finanzierungsbedarf.

## PROZESS DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Die weitere Entwicklung des Wettbewerbs und des Finanzierungsbedarfs im Sozial- und Gesundheitsbereich ist darüber hinaus abhängig vom Prozess der europäischen Integration und der Ausgestaltung der europäischen Politik. Die Europäische Kommission hat im April 2006 eine „Mitteilung zu den sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ veröffentlicht; eine europäische Dienstleistungsrichtlinie wurde am 11.12.2006 verabschiedet; für den Bereich Gesundheit wird die EU-Kommission im Laufe des Jahres 2007 einen gesonderten Legislativvorschlag unterbreiten. Hintergrund für den wachsenden Regelungsbedarf auf EU-Ebene ist, dass das Zusammenwachsen der europäischen Märkte und die zunehmende Öffnung des sozialen Sektors für privat-gewerbliche Anbieter zu Berührungspunkten mit den Binnenmarkts- und Wettbewerbsregeln des EG-Vertrages führen. Aus dieser Entwicklung ergeben sich für Sozialunternehmen neue Konstellationen für ihre Marktpositionierung wie auch Chancen für grenzüberschreitende Investitionen.

Die Investitionsbereitschaft im Sozial- und Gesundheitssektor könnte höher sein, wenn die politischen Reformen effektiv und zügig vollzogen würden und angesichts der anstehenden

Finanzierungserfordernisse mehr Planungssicherheit für die Sozialunternehmen gegeben wäre.

## ANFORDERUNGEN DES KAPITALMARKTES

Aufgrund des Schrumpfens, des Wegfalls oder der Umstellung der öffentlichen Förderung und bei anhaltendem Investitionsbedarf müssen im Sozial- und Gesundheitsbereich zunehmend von Zuwendungen unabhängige Finanzierungen erschlossen werden. Selbst dort, wo eine Förderung nach der Gesetzeslage festgeschrieben ist, wie z. B. in der Krankenhausfinanzierung und z. T. in der Finanzierung von Pflegeeinrichtungen, sind Anbieter darauf angewiesen, sich anderweitig Mittel zu beschaffen, um zukunftsfähig zu bleiben.

Große Segmente des Sozial- und Gesundheitsbereichs benötigen für ihre Fortentwicklung den Zugang zum Kapitalmarkt. Die Mittelgeber des Kapitalmarktes haben jedoch andere Erwartungen an die Sozialunternehmen als der traditionelle Zuwendungsgeber. Eckpunkte sind dabei die Eigenkapitalausstattung, das Wertschöpfungspotential und das Informationsverhalten. Sie haben ihre eigene Risikobewertung und Renditevorstellungen, sie verlangen Transparenz, professionelle Kommunikation, eine tragfähige Unternehmensstrategie und komplementär eine solide Investitions- und Finanzplanung. Die Finanziers finden die Sicherheit für ihr Investment weniger in der Vergangenheit des Unternehmens, sondern mehr in dessen zukünftigem Erfolg am Markt. Ihr präventives Risikomanagement hinterfragt zukünftige unternehmerische Prozesse, bezieht in die Betrachtung aber auch gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, die Entwicklung der Branche und des regionalen Marktes mit ein.

Ein zunehmendes Interesse von Banken und Kapitalgebern an Teilen des Sozial- und Gesundheitsbereich ist festzustellen. Hervorzuheben sind der Krankenhaus-, der Pflege- und der Reha-Bereich. Institutionelle Anleger kaufen auch von gemeinnützigen Betreibern Sozialimmobilien auf; die sich herausbildenden größeren Unternehmensstrukturen werden für internationale institutionelle Investoren attraktiv.

## AUSBLICK

Zur Sicherung der Finanzierung bei anspruchsvolleren Finanzierungsbedingungen und in dynamischeren Märkten benötigen Sozialunternehmen einen Finanzierungspartner, der sie bei der Verwirklichung ihrer Strategie kompetent begleitet, die branchenspezifischen Erfolgsfaktoren ihres speziellen Geschäftes kennt, die Entwicklung auch in ihrem regionalen Markt verfolgt, über angemessene Instrumente für das Rating, die Risikoanalyse und für das Monitoring des Engagements verfügt, finanztechnisch innovativ ist und bei Bedarf Finanzierungskonzepte mit unterschiedlichen Finanzierungsinstrumenten bieten kann. Banken und andere Kapitalgeber, die im Geschäftsfeld Sozialwirtschaft erfolgreich tätig sein wollen, müssen diese Anforderungen erfüllen können.



## BERICHT DES VORSTANDES LAGEBERICHT 2006

SEITE 22|23

Für die Bank für Sozialwirtschaft AG war 2006 erneut ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Die Ertragslage konnte trotz hoher Aufwendungen für interne Projekte beträchtlich verbessert werden. Der Jahresüberschuss lag mit EUR 19,8 Mio. um 18,4 % über dem Niveau des Vorjahres. Die Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich um 7,6 % auf EUR 4,5 Mrd.

### AKTIVGESCHÄFT

Die **Barreserve** belief sich stichtagsbedingt auf TEUR 540 gegenüber EUR 131,2 Mio. im Vorjahr.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** stiegen um 78,4 % auf EUR 206,1 Mio. Das war insbesondere durch eine Anlage liquider Mittel aus den Kundeneinlagen begründet.

Die **Forderungen an Kunden** verzeichneten weiterhin ein starkes Wachstum um 9,6 % auf EUR 2.104,6 Mio. Die Steigerung entfiel erneut vorrangig auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen: Sie erhöhten sich um 11,0 % auf EUR 1.852,5 Mio. Realisiert wurde das Kreditwachstum unter anderem durch eine intensive Nutzung des Kreditprogramms „Sozial investieren“ der KfW. Wie schon in den Vorjahren zeigt sich hier der steigende Bedarf nach Investitionsdarlehen für den Neubau und für den zeitgemäßen Ausbau von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit EUR 1.994,4 Mio. um EUR 168,8 Mio. höher als im Vorjahr. Hier wurde vor allem der Liquiditätszufluss aus gestiegenen Kundeneinlagen investiert.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** wurden um TEUR 665 auf TEUR 14.189 vergrößert. Dabei wurden bestehende Beteiligungen aufgestockt.

Die **Treuhandkredite** blieben mit einem Volumen von EUR 174,7 Mio. annähernd auf Vorjahresniveau (EUR 173,6 Mio.). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an

freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Wert für **Immaterielle Anlagewerte** wurde im Geschäftsjahr mit einer Steigerung auf EUR 15,1 Mio. um 47,9 % erhöht. Das beträchtliche Wachstum erklärt sich durch die Fertigstellung von Software im Rahmen der Einführung der Standardsoftware SAP und der Realisierung eines Datawarehouse in der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Der Wert der **Sachanlagen** verringerte sich durch planmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude um 5,4 % auf EUR 28,0 Mio.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** verbuchten stichtagsbedingt einen Zuwachs auf EUR 8,0 Mio.

### PASSIVGESCHÄFT

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden im Berichtsjahr um 9,7 % auf EUR 1.467,8 Mio. aufgestockt. Die Ausweitung fand überwiegend im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist statt. Der Anstieg resultiert vor allem aus einer höheren Inanspruchnahme von Programmkrediten der KfW zu Refinanzierungszwecken.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verzeichneten eine weitere Erhöhung um 6,9 % auf EUR 2.607,4 Mio. Die Steigerung entfiel vor allem auf Festgelder mit Laufzeiten bis zu einem Jahr (+ 17,6 % auf EUR 1.313,3 Mio.). Die täglich fälligen Einlagen sind zum Stichtag geringfügig zurückgegangen (- 2,0 % auf EUR 1.216,5 Mio.). Der Anlageschwerpunkt auf den täglich fälligen und kurzfristigen Anlagen spiegelt das nach wie vor niedrige Zinsniveau im langfristigen Bereich und die Unsicherheit der Anleger in Bezug auf die weitere Zinsentwicklung wider. Zugleich verdeutlichen die hohen Volumina im täglich fälligen Bereich den Liquiditätsbedarf der Kunden und die Akzeptanz der Bank für Sozialwirtschaft AG im Zahlungsverkehr.



Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichneten im Vorjahresvergleich eine leichte Steigerung um 1,9 % auf EUR 30,8 Mio.

Die **Rückstellungen** wurden um 12,1 % auf EUR 29,1 Mio. aufgestockt. Erhöht wurden vor allem die Zinsrückstellungen für Sonderkreditprogramme.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** und das **Genussrechtskapital** blieben auf dem Niveau des Vorjahres.

## HAFTENDES EIGENKAPITAL

Das **gezeichnete Kapital** und die **Kapitalrücklage** blieben im Berichtsjahr konstant bei EUR 36,4 Mio. bzw. EUR 43,3 Mio.

Die **Gewinnrücklage** ist um TEUR 13.050 auf TEUR 40.300 erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2005 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns beträgt damit EUR 120,0 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

## EINLAGENSICHERUNG

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 5.990 verbun-

den (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

## ERTRAGSLAGE

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge aus Fondsanlagen in Höhe von TEUR 67.897 konnte im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 % gesteigert werden. Dieses erfreuliche Ergebnis ist vorrangig auf ein verstärktes Kundengeschäft zurückzuführen.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 2.329. Das ist vor allem durch ein hervorragendes Ergebnis des Tochterunternehmens BFS Service GmbH begründet, das insbesondere im Bereich Online-Factoring wachsende Erträge erzielen konnte.

Das **Provisionsergebnis** verringerte sich aufgrund einer gebremsten Dynamik im Wertpapiergeschäft um 9,2 % auf TEUR 5.224.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Berichtsjahr auf TEUR 1.822.

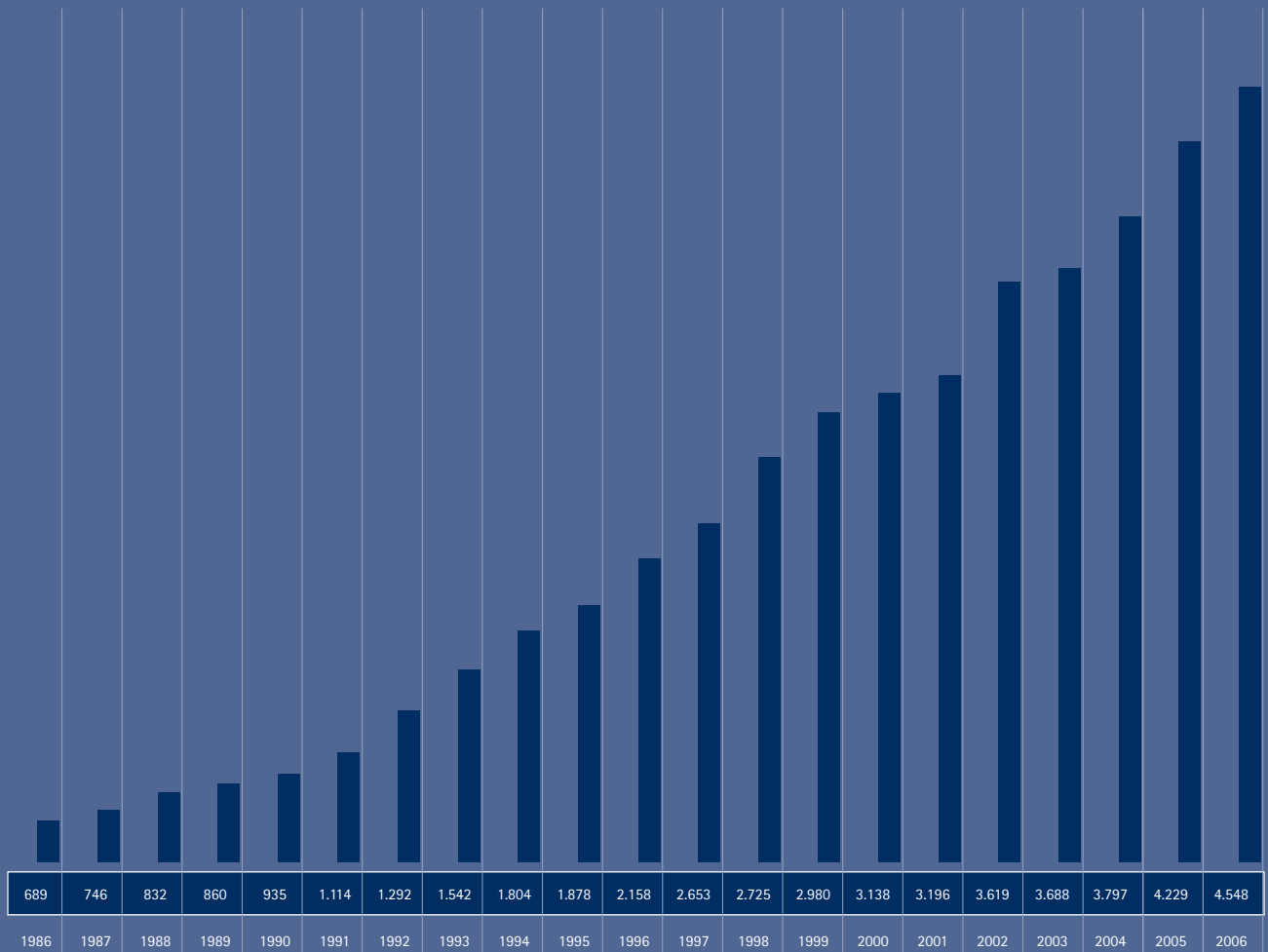
Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** sind um 1,8 % auf TEUR 36.980 gewachsen. Während sich der Personalaufwand wegen einmaliger Aufwendungen aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen im Vorjahr um 1,9 % auf TEUR 20.472 verringerte, erhöhten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen um 6,8 % auf TEUR 16.508. Die Steigerung ist vor allem durch Aufwendungen für die Einführung der Standardsoftware SAP und die Realisierung des Datawarehouse bedingt.

Dennoch konnte das **Betriebsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 12,9 % auf TEUR 35.417 verbessert werden.

Das gestiegene Zinsniveau an den Kapitalmärkten führte zu Abschreibungen auf den eigenen Wertpapierbestand. Im Kre-

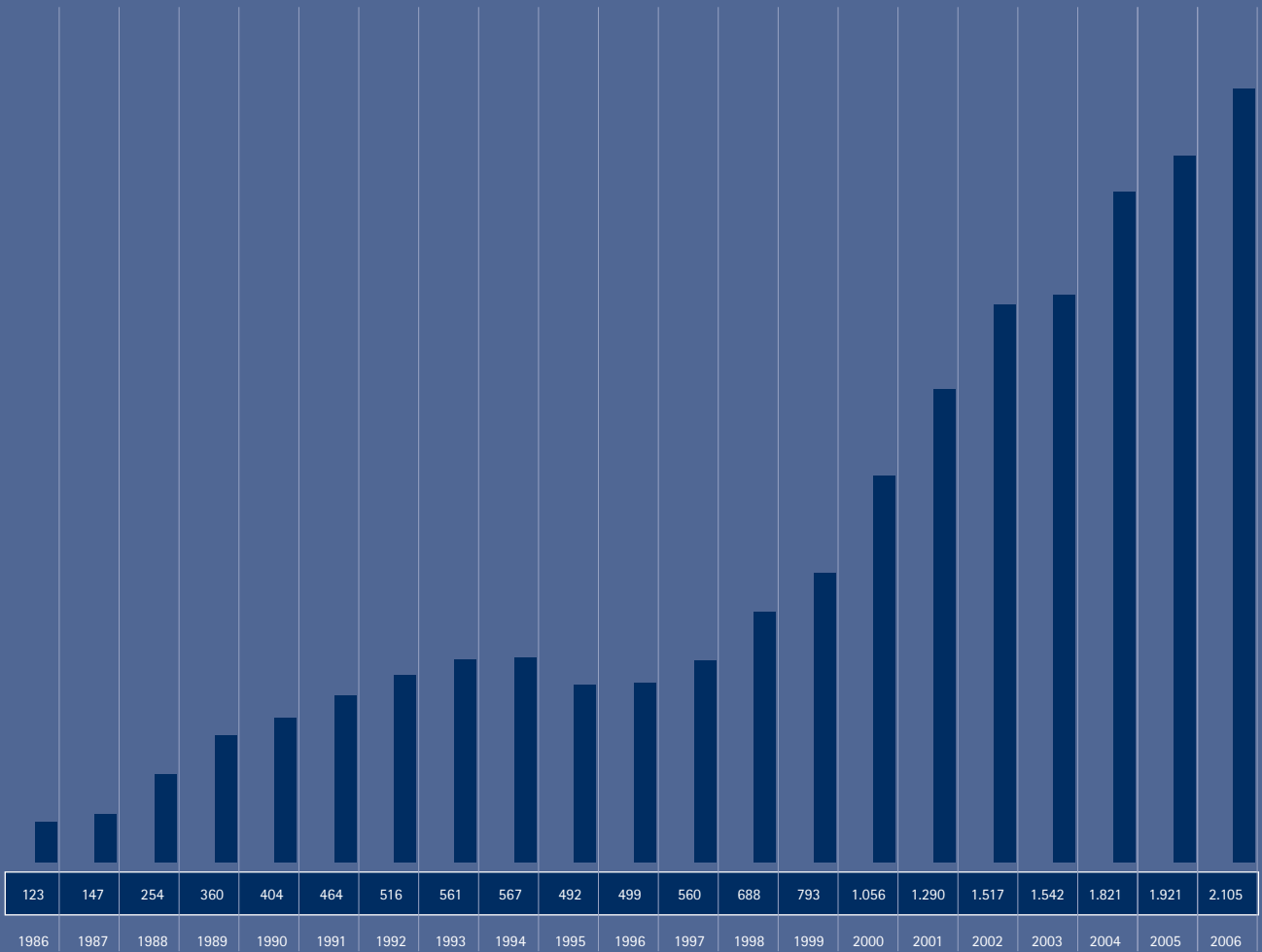
## DIE BILANZSUMME

SEITE 24|25



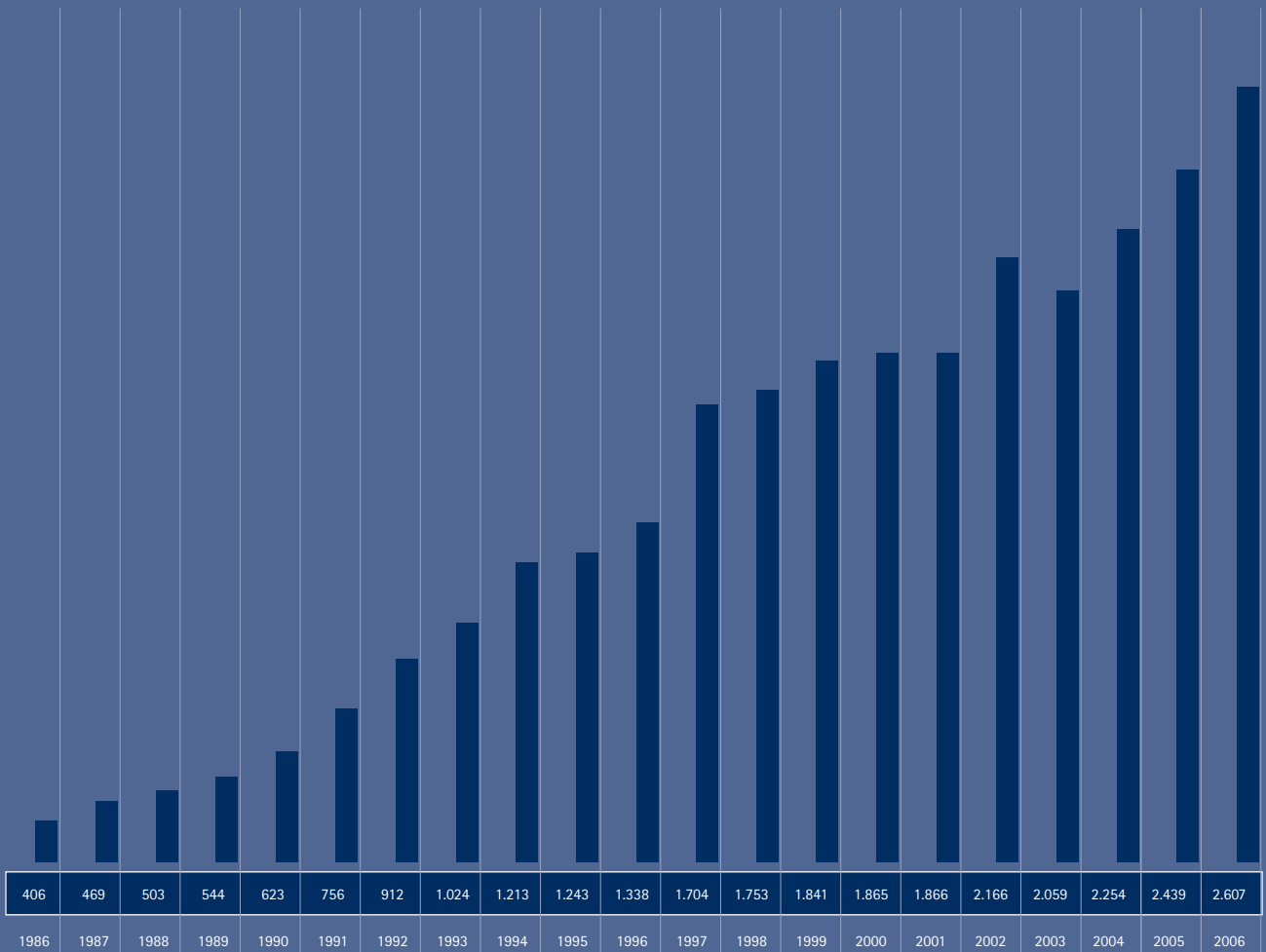
Millionen EUR

# DIE KUNDENKREDITE



Millionen EUR

# DIE KUNDENEINLAGEN



Millionen EUR

ditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikoversorge gearbeitet. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft von relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten ausgegangen werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Bereichen unserer Volkswirtschaft ist das Kreditausfallrisiko in der Sozialwirtschaft jedoch immer noch niedrig. Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf -TEUR 6.282.

Die **gewinnabhängigen Steuern** reduzierten sich von TEUR 11.780 auf TEUR 9.288. Das ist durch die Aktivierung von Körperschaftsteuerguthaben aus dem früheren Anrechnungsverfahren bedingt.

Der **Jahresüberschuss** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 18,4 % und liegt für das Geschäftsjahr 2006 bei TEUR 19.848.

## VORSCHLAG ZUR VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 16,0 Mio. in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 3,85 Mio. an die Aktionäre auszuschütten. Wie in den Vorjahren entspricht dies einer Dividende in Höhe von EUR 5,50 pro Stammaktie.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 4.824,00 angesetzt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind nicht vorgekommen.

## RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Bonitätsanalyse-systems. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert. Zudem wurde das Bonitätsanalyse-system der Bank für Sozialwirtschaft AG im Rahmen eines größeren Projektes zu einem Ratingsystem ausgebaut, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

## AUSBLICK

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Zugleich muss die Sozialwirtschaft durch die aktuellen und die noch zu erwartenden Reformen der Sozialen Sicherungssysteme künftig weiterhin mit schwieriger werden finanziellen Rahmenbedingungen rechnen. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Aufgrund der Veränderungen in den Finanzierungsstrukturen ist damit zu rechnen, dass sich die Sozialwirtschaft in den nächsten Jahren dem Thema „Unternehmensfinanzierung“ öffnen wird. Dazu gehört unter anderem, dass sie sich neue Finanzierungsformen erschließen wird, z. B. um ihre oft unzureichende Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Investor-Betreiber-Modelle, Fondsmodelle, aber zunehmend auch das Feld der mezzaninen Finanzierungsinstrumente und Private-Equity-Formen stoßen auf Interesse der sozialwirtschaftlichen Akteure. Im Bereich der privatwirtschaftlich agierenden Anbieter geht dabei bereits heute der Blick über nationale Grenzen hinaus.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich auch mit Blick auf diese Entwicklungen frühzeitig als Partner der Sozialwirtschaft positioniert. Nach Durchführung einer extern begleiteten Untersuchung zu dieser Thematik im Jahr 2005 informierte sie im Berichtsjahr ihre Kunden und andere Interessierte in Form von Fachtagungen und Publikationen zum Thema „Neue Finanzierungsformen in der Sozialwirtschaft“. Parallel wurden verschiedene Angebots- und Vermittlungsformen neuer Finanzierungsmodelle geprüft und in den Bereichen Spezialfonds für Pflege-

immobilien und Mobilien-Leasing in Kooperation mit Partnerunternehmen bereits realisiert. Weitere Angebote sind in Vorbereitung.

Zur optimalen Nutzung aller Marktchancen arbeitet die Bank für Sozialwirtschaft AG zudem kontinuierlich an einer Verbesserung der internen Basis für eine weitere Geschäftsausweitung. Nach 20 Monaten Vorbereitungszeit wurde am 1. Juli 2006 die gesamte Bankensoftware durch die Einführung der Standardsoftware SAP umfassend erneuert. Parallel dazu erfolgte durch die Realisierung eines Datawarehouse die datentechnische Vorbereitung der Banksysteme auf die gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen, die sich für die nächsten Jahre abzeichnen. Damit hat sich die Bank für Sozialwirtschaft AG die softwaretechnischen Voraussetzungen für die künftigen Herausforderungen geschaffen.

Die Mitarbeiterfort- und -weiterbildung verfolgt das Ziel, neben den bankfachlichen Kenntnissen das Wissen um die Veränderungen der finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft aktuell zu halten. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Austausch mit Kunden und Gremien der Bank, die Unterstützung durch ein sozialwirtschaftliches Research sowie regelmäßige Mitarbeiterschulungen zu den Entwicklungen in den Einzelbranchen der Sozialwirtschaft.

Im Kreditgeschäft setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG nicht nur ein internes Basel-II-fähiges Ratingsystem ein, das die Spezifika sozialwirtschaftlicher Kunden berücksichtigt. Zusätzlich verfügt sie über ein differenziertes Instrumentarium zur Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden. Es besteht u. a. aus einer Standort- und Wettbewerbsanalyse, einem Früherkennungssystem und einer langfristigen Wirtschaftlichkeitsanalyse und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Im Anlagegeschäft steht eine solide Beratung auf der Basis der gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund, die für die meisten Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG gelten. Mit sich ändernden Marktbedingungen, die sich u. a. in dem Stiftungsgründungsboom der letzten Jahre

ausdrücken, sieht die Bank Chancen zur Verbesserung des Provisionsgeschäfts.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommen zahlreiche Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 26. März 2007  
Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt

Dietmar Krüger

## **BERICHT DES VORSTANDES**

### **ENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMEN**

SEITE 30|31

#### **BFS SERVICE GMBH**

Die BFS Service GmbH konnte das Geschäftsjahr 2006 mit dem besten Ergebnis ihrer Geschichte abschließen: Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 28 % auf EUR 4,56 Mio. Der Gewinn konnte um ca. 50 % auf EUR 1,3 Mio. gesteigert werden. Das hervorragende Ergebnis ist vor allem auf eine stark gestiegene Inanspruchnahme des Online-Factoring zurückzuführen. Auch im Bereich Benchmarking und Betriebsvergleiche verzeichnete das Unternehmen ein starkes Wachstum.

#### **ONLINE-FACTORING**

Die unkomplizierte Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring der BFS Service GmbH ist ein Angebot, das offensichtlich genau den Kundenbedürfnissen entspricht: Im Geschäftsjahr 2006 stieg der Umsatz um 34 % auf EUR 3,8 Mio. an. Da der Liquiditätsbedarf von Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens traditionell hoch ist und zugleich die Kostenträger eine zunehmende Tendenz zur Verlängerung der Zahlungsziele zeigen, wird der Bedarf an Vorfinanzierungen und damit die Nachfrage nach Online-Factoring auch in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter ansteigen. Mit ihrem speziell auf die Einzelbranchen der Sozialwirtschaft (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser etc.) zugeschnittenen Leistungspaket und ihren bisherigen Erfahrungen hat die BFS Service GmbH beste Chancen, weiterhin an diesem Wachstumsmarkt zu partizipieren.

#### **BENCHMARKING UND BETRIEBSVERGLEICHE**

Im Geschäftsjahr 2006 hat die BFS Service GmbH ihr Angebot der Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen um ein „Qualitätsorientiertes Benchmarking für Wohnstätten der Behindertenhilfe“ ergänzt. Das neue Benchmarking-Angebot wurde in Zusammenarbeit mit dem „Bundesverband evangelische Behindertenhilfe“ und der „Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie“ von der „xit GmbH“ und der BFS Service GmbH entwickelt. Im Rahmen des Benchmarking werden nicht nur

betriebs- und personalwirtschaftliche Input-Daten, sondern auch Prozess- und Ergebnisdaten verglichen. Die Datenauswertung umfasst neben einem standardisierten Kennzahlenbericht eine Datenanalyse und -interpretation sowie einen extern begleiteten Inhouse-Workshop. Damit können Führungskräfte einen umfassenden Blick auf ihre Einrichtungen werfen und deren Leistungsfähigkeit mit anderen Einrichtungen vergleichen.

Im ersten Jahr haben sich 86 Wohnstätten an dem Projekt beteiligt. Die zweite Ausschreibung hat im März 2007 begonnen. Damit ist es das umfassendste Benchmarking-Projekt, das in diesem Bereich bisher angeboten wird.

Inzwischen bereits im zehnten Jahr wurden 2006 die Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen durchgeführt. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das seit einigen Jahren durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management nicht nur Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben, sondern auch Veränderungen in den Einrichtungen auslösen.

#### **FORTBILDUNG**

Im Fortbildungsbereich verzeichnete die BFS Service GmbH im Jahr 2006 einen leichten Rückgang. Dennoch besuchten im letzten Jahr rund 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Ein- und Zweitagesseminare zu sozialwirtschaftlichen Fachthemen. Dabei setzte sich die Tendenz der Vorjahre fort, dass betriebswirtschaftliche und juristische Fragestellungen auf eine wesentlich höhere Nachfrage stießen als Angebote zu „weichen“ Themen.

Im Mittelpunkt der Seminarangebote der BFS Service GmbH standen im Berichtsjahr erneut die sich verändernden Anforderungen in der Sozialwirtschaft und die betriebswirtschaftlichen Professionalisierungsprozesse in sozialen Unternehmen. Über eine intensive Markt- und Umfeldbeobachtung, die durch ein Netz von internen und externen Partnern unterstützt wird, greift das Unternehmen interessante und zukunftsweisende





Themen frühzeitig auf. Ziel der BFS Service GmbH ist es, als erster Anbieter mit praxisorientierten Seminaren und Tagungen zu neuen Fragestellungen am Markt zu sein und so für die Teilnehmer ständig attraktiv zu bleiben.

Neue Seminarthemen im letzten Jahr waren z. B. „Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 79 SGB XI in stationären Pflegeeinrichtungen – Alptraum oder unternehmerische Chance?“ und „Lobbyarbeit für Trägerunternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft“. Auf großes Interesse stieß die neue Fachtagung „Leistungs- und erfolgsorientierte Mitarbeitervergütung in der Sozialwirtschaft“.

## AUSBLICK

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin sehr positiv ein. Insbesondere die Nachfrage nach Online-Factoring wird aufgrund der noch enger werdenden finanziellen Spielräume für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens auch in den nächsten Jahren stark steigen. Im Bereich des Benchmarking arbeitet die BFS Service GmbH an einer Erweiterung ihres Angebots und will damit ihre Stellung als anerkannter Partner im Markt weiter ausbauen. Bei den Seminaren rechnet sie auf der Basis ihrer Marktposition mit einer moderat erfreulichen Entwicklung.

## IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH

Das Interesse an den betriebswirtschaftlichen Dienstleistungen für Sozialimmobilien der IS Immobilien-Service GmbH ist im vergangenen Jahr weiter gewachsen. Durch die Veränderungen der Finanzierungsstrukturen im Bereich Pflegeimmobilien, einen zunehmenden Wettbewerb der Marktakteure und regionale Marktsättigungstendenzen ist im Vorfeld von Investitionsvorhaben noch mehr als früher eine verlässliche Beratung erforderlich, die sowohl dem Investor als auch der finanzierenden Bank die Zukunftsaussichten der Einrichtung nachvollziehbar darstellt.

Im Jahr 2006 hat das Unternehmen daher seine etablierte Standort- und Bedarfsanalyse durch eine Wettbewerbsanalyse ergänzt, die ab Herbst am Markt eingeführt wurde. Die Wettbewerbsanalyse prüft das Pflegekonzept, die Qualität der architektonischen Planung und deren Passgenauigkeit zum Pflegekonzept sowie die Stellung des Betreibers am Markt. Sie ergänzt die bisherigen Elemente der Standort- und Bedarfsanalyse, die z. B. eine detaillierte standortspezifische Prognose der Bevölkerungsentwicklung und ein systematisches Herausarbeiten eines langfristig nachfragewirksamen Einzugsgebietes u. a. durch das Einbeziehen geomarketingspezifischer Gesichtspunkte beinhaltet. Durch die Wettbewerbsanalyse kann argumentativ nachvollzogen werden, ob ein Investitionsvorhaben wettbewerbsfähig ist, auch wenn es einen Angebotsüberhang vor Ort gibt. Das erweiterte Instrumentarium, das in dieser Form bundesweit einmalig ist, wurde von den Kunden sehr gut aufgenommen. Einzelne Verbände lassen inzwischen bereits jedes Investitionsvorhaben im Sozialimmobiliensegment durch die IS Immobilien-Service GmbH prüfen.

Seine Beratungskompetenz konnte das Unternehmen im Berichtsjahr auf das Feld der Spezialfonds ausdehnen: Am 1. Oktober 2006 hat die Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH in Kooperation mit der IS Immobilien-Service GmbH den Pflegeimmobilienfonds „A.B. SANIGA“ auf den Markt gebracht. Der Fonds wird ein Portfolio attraktiver Altenpflegeheime beinhalten. Bei der Immobilienauswahl, die neben wirtschaftlichen auch ethische Aspekte berücksichtigt, die vor allem für kirchliche und gemeinnützige Träger wichtig

sind, wird die IS Immobilien-Service GmbH als Berater des Fondsmanagements herangezogen, um die Zielsetzung eines langfristig am Markt erfolgreichen Objektportfolios abzusichern. Anfang 2007 wurde das erste Objekt für den „A.B. SANIGA“ gekauft.

Im Geschäftsfeld der Beleihungswertgutachten wurde im Berichtsjahr eine neue Wertermittlungssoftware eingeführt und damit die technische Basis für die Gutachtenerstellung erneuert. Das neue Datenbank basierte Modul sorgt für eine schnellere Abwicklung, macht die Projekte vergleichbar, enthält Schnittstellen zu den externen Kooperationspartnern sowie eine automatische Aktualisierung z. B. bei gesetzlichen Änderungen.

Dass die Expertise der IS Immobilien-Service GmbH im Markt der Sozialimmobilien eine hohe Akzeptanz hat, zeigt sich auch darin, dass sie in der Fachgruppe Sozialimmobilien des HypZert e. V. vertreten ist, die die Richtlinien für die Bewertung von Sozialimmobilien für alle zertifizierten Gutachter festlegt. Vor diesem Hintergrund wurde im Herbst 2006 im Haus der Bank für Sozialwirtschaft AG die Fachtagung des HypZert e. V. zur Bewertung von Sozialimmobilien durchgeführt, in deren Rahmen die Gutachter der IS Immobilien-Service GmbH anderen Gutachtern ihr Know-how vermitteln konnten.

## **AUSBLICK**

Die vorrangige Zielsetzung der IS Immobilien-Service GmbH für das laufende Geschäftsjahr ist eine intensive Akquise geeigneter Immobilien und Betreiber für den Spezialfonds „A.B. SANIGA“. Zudem arbeitet das Unternehmen an der Entwicklung neuer Dienstleistungen, die über das Segment der Pflegeimmobilien hinausgehen und verstärkt Krankenhäuser in den Fokus nehmen.

## BERICHT DES AUFSICHTSRATES

SEITE 34|35

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Turnusgemäß wechselte am 22. Juni 2006 der Aufsichtsratsvorsitz. Neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde Herr Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes, Generalsekretariat, Berlin, neuer stellvertretender Vorsitzender Herr Dr. Wolfgang Teske, Finanzdirektor und Vizepräsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Stuttgart.

Ebenfalls zum 22. Juni 2006 schied Herr Rüdiger Schmidtchen, stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband, Berlin, aus dem Aufsichtsrat aus. Neu berufen wurde Herr Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband, Berlin. Der Aufsichtsrat bedankte sich bei Herrn Schmidtchen für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit und begrüßte Herrn Dr. Schneider als neues Mitglied des Aufsichtsrates.

Der Jahresabschluss 2006 wurde von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / Steuerberatungsgesellschaft, Eschborn / Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2006. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 24. Mai 2007

Der Aufsichtsrat





# JAHRESBILANZ

JAHRESBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2006  
DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG,  
BERLIN/KÖLN

# JAHRESBILANZ

## ZUM 31. DEZEMBER 2006 DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG, BERLIN/KÖLN

AKTIVSEITE	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		540.076,00		668
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>0,00</u>	540.076,00	130.511
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			( 130.511)
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			( -)
b) Wechsel		-,-	-,-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			( -)
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		21.617.539,54		165
b) andere Forderungen		<u>184.519.538,69</u>	206.137.078,23	115.387
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			2.104.628.618,99	1.920.894
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	643.985.819,70			(566.025)
Kommunkredite	35.311.988,74			(198.141)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			( -)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			( -)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		505.778.921,75		652.797
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	505.778.921,85			(652.797)
bb) von anderen Emittenten		1.194.294.819,75		864.856
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.139.141.675,89			(859.792)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>580.000,00</u>	1.700.653.741,50	227
Nennbetrag	580.000,00			( 227)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			293.731.037,15	307.668
<b>7. Beteiligungen</b>			3.196.995,41	3.093
darunter: an Kreditinstituten	513.891,88			(514)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			( -)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			10.991.928,67	10.431
darunter: an Kreditinstituten	-,-			( -)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			( -)
<b>9. Treuhandvermögen</b>			174.733.159,04	173.649
darunter: Treuhandkredite	174.733.159,04			(173.649)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			-,-	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>			15.112.637,00	10.217
<b>12. Sachanlagen</b>			28.032.231,84	29.637
<b>13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b>			-,-	-
darunter: eingefordert	-,-			( -)
<b>14. Eigene Aktien oder Anteile</b>			-,-	-
Nennbetrag	-,-			( -)
<b>15. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			7.988.659,10	5.929
<b>16. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			2.454.781,47	2.744
<b>17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>			-,-	-
<b>SUMME DER AKTIVA</b>			4.548.200.944,40	4.228.873



<b>PASSIVSEITE</b>	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			87.430.575,14		117.304
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>1.380.398.187,92</u>	1.467.828.763,06	1.220.541
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		62.676.870,68			65.867
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>14.871.227,04</u>	77.548.097,72		15.499
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.216.538.944,44			1.240.969
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.313.317.392,79</u>	<u>2.529.856.337,23</u>	2.607.404.434,95	1.116.453
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen			30.769.752,36		30.196
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			-,-	30.769.752,36	-
darunter:					
- Geldmarktpapiere	-,-				( - )
- eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				( - )
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				174.733.159,04	173.649
darunter: Treuhandkredite	174.733.159,04				(173.649)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				4.127.952,41	4.559
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				3.372.618,44	3.193
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			5.835.403,00		5.526
b) Steuerrückstellungen			4.498.792,00		4.131
c) andere Rückstellungen			<u>18.732.008,63</u>	29.066.203,63	16.263
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>				-,-	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				53.555.797,37	53.516
<b>10. Genusssrechtskapital</b>				32.324.210,69	32.324
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	5.624.210,69				( - )
<b>11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				5.200.000,00	5.200
<b>11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung</b>				-,-	-
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) gezeichnetes Kapital			36.400.000,00		36.400
b) Kapitalrücklage			43.263.228,45		43.263
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>40.300.000,00</u>	40.300.000,00		27.250
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>19.854.824,01</u>	139.818.052,45	16.770
<b>SUMME DER PASSIVA</b>				4.548.200.944,40	4.228.873
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>			Euro	Euro	Vorjahr TEUR
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			52.122.014,27		51.322
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	52.122.014,27	-
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>246.334.984,01</u>	246.334.984,01	180.658



# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VOM 1. JANUAR 2006 BIS 31. DEZEMBER 2006  
DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG,  
BERLIN/KÖLN

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**  
**DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG, BERLIN/KÖLN**  
**VOM 1. JANUAR 2006 BIS 31. DEZEMBER 2006**

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	118.777.805,04			105.333
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	54.573.506,82			46.467
		173.351.311,86		151.800
		<u>116.776.630,50</u>		<u>96.333</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			56.574.681,36	55.467
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		10.801.941,70		7.867
b) Beteiligungen		35.656,90		-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>484.903,88</u>	11.322.502,48	410
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			2.329.497,78	820
<b>5. Provisionserträge</b>		6.810.764,82		7.109
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<u>1.587.253,98</u>	5.223.510,84	1.356
<b>7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften Nettoaufwand aus Finanzgeschäften</b>			34.797,25	74
			-,-	-
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			1.821.501,88	1.649
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			-,-	-
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	17.145.113,44			17.192
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung Euro 674.946,78	<u>3.326.944,73</u>	20.472.058,17		3.672
				(1.333)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>16.507.943,80</u>	36.980.001,97	15.459
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			3.870.672,59	3.107
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			752.654,64	1.189
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		6.281.843,46		-
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			6.281.843,46	5.597
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>				-
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			0,00	2.773
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			-,-	-
<b>18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			-,-	-

19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	29.421.318,93	28.597
20. Außerordentliche Erträge	-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-	-
22. Außerordentliches Ergebnis	-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.287.695,02	11.780
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	286.069,91	52
25. Erträge aus Verlustübernahme	-	-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-
27. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-
28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-
29. Jahresüberschuss	19.847.554,00	16.765
30. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	13.057.270,00	14.055
	32.904.824,00	30.820
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
	32.904.824,00	30.820
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-	-
	-	-
33. Entnahmen aus Genussrechtskapital	32.904.824,00	30.827
	-	-
	32.904.824,00	30.827
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	-	0
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-	-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-	-
d) in andere Gewinnrücklagen	13.050.000,00	14.057
	19.854.824,00	16.770
35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-	-
36. Bilanzgewinn	19.854.824,00	16.770

## **A. ALLGEMEINE ANGABEN**

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

## **B. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt. Aufgrund geänderter biometrischer Rechnungsgrundlagen kamen im Geschäftsjahr 2005 neben den Heubeck Richtttafeln 1998 die neuen Heubeck Richtttafeln 2005 G zur Anwendung. Die in einer Vergleichsrechnung ermittelten Auflösungsbeträge haben wir auch handelsrechtlich in analoger Anwendung des § 6a Abs. 4 EStG auf drei Jahre verteilt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

### C. ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS 2006 (volle Euro)

a) Sachanlagen/ Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	13.032.727	44.023.143	16.303.924	73.359.794
Zugänge	6.068.152	94.224	1.082.386	7.244.762
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	34.797	-	466.315	501.112
Abschreibungen kumuliert	3.953.445	21.363.769	11.641.361	36.958.575
Buchwerte am Bilanzstichtag	15.112.637	22.753.598	5.278.634	43.144.869
Abschreibungen Geschäftsjahr	1.172.730	1.026.501	1.671.442	3.870.673

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit Euro 30.266 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert)	-	3.196.995	10.991.929	14.188.924
Buchwerte am Bilanzstichtag	-	3.196.995	10.991.929	14.188.924
Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -			94.292.368
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			57.333.793

## D. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

### I BILANZ

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	151.519.539	5.000.000	20.000.000	8.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	101.009.727	102.915.502	303.012.604	1.467.551.403

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind Euro 130.139.383 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	58.268.725
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	134.387.514

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
in EUR				
Forderungen an Kunden (A 4)	19.919.518	9.925.713	11.969.424	12.648.065

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von Euro 5.869.108 (Vorjahr: Euro 4.613.952).



- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.700.073.742	1.700.073.742	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	166.390.191	19.798.037	146.592.154	0
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	-

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

- Besitz von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	TEUR	Jahr
Direkt • BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2006	500	2006	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,1	2006	13.755	2006	-89
Indirekt • IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2006	1.864	2006 vorläufig	222

Der Gewinn 2006 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von Euro 2.329.498 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Weitere Beteiligungen bestehen unter anderem

- a) an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.635 entspricht dies einem Anteil von 6,78 %.
- b) am Grundkapital der VIFA Pensionsfonds AG, Berlin, in Höhe von TEUR 250. Gemessen am Grundkapital dieser Gesellschaft von TEUR 5.000 entspricht dies einem Anteil von 5,00 %.
- c) an der WGZ Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.328. Gemessen am Kommanditkapital dieser Gesellschaft von TEUR 2.512.599 entspricht dies einem Anteil von 0,09 %.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und –verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR

Forderungen an Kunden	174.733.159
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	211.508
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	174.521.651

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von Euro 174.521.651 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen Euro 211.508.

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

in EUR

im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	22.454.773
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.278.634

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR

Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	1.147.206
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	2.337.077
Steuererstattungsansprüche	3.176.980

- Im Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von Euro 1.052.489 (Vorjahr Euro 816.239) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von Euro 496.410 (Vorjahr Euro 562.598).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	350.530.310	64.919.418	452.092.758	512.855.702
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	285.889	12.966.423	1.618.915	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.102.712.780	155.848.626	36.466.585	18.289.402

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr Euro 12.677.228 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von Euro 2.219.522.756 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von Euro 1.331.097.677.
- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
noch nicht beglichene Rechnungen	857.796
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	112.814
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	295.620
Zinsanteile für Genußrechte	1.763.105
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	94.850
Steuerverbindlichkeiten	966.724

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von Euro 2.956.911 (Vorjahr Euro 2.700.018) enthalten.
- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von Euro 2.854.056 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
8.000.000	Euro	4,09 %	20.10.2015

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das Genusssrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	Nennbetrag
Emission 1997	5.624.211
Emission 2002	4.000.000
Emission 2005	22.700.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	18.456	49.015
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.638.670	4.924.657	16.716.310	159.333.778

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen Euro 52.122.014

sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen“** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Unwiderrufliche Kreditzusagen Euro 246.334.984

## II GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.370.657
Wertpapiergeschäft	2.940.914

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge in EUR	
Auflösung sonstige Rückstellungen	374.583
Miet- und Pachterträge	960.747

sonstige betriebliche Aufwendungen in EUR	
Zuführung sonstige Rückstellung	226.000

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von Euro 74.649 vorgenommen (Vorjahr Euro 74.649). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

## E. SONSTIGE ANGABEN

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2006 in Mio. EUR	Nominalbetrag			Summe	beizulegender Zeitwert  negativ (-)
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	20	298	302	620	-1
OTC Produkte Forward-Darlehen	-	9,2	19,1	28,3	1,5

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2006 maximal Euro 5.990.334 betragen.  
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2006 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2006 **Pensionsrückstellungen** in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von Euro 1.918.625. Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung Euro 100.080, für die des Beirates Euro 5.978.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	45
Mitglieder des Aufsichtsrates	167.291
Mitglieder des Beirates	67.955

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von Euro 6,2 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.
- Die Zahl der 2006 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	Prokuristen	5	-
	Handlungsbevollmächtigte	7	-
	Angestellte	211	27
		223	27
Gewerbliche Mitarbeiter		2	14
		225	41

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von Euro 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von Euro 16,64 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 15. Juni 2010 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

Zum 31.12.2006 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 22.06.2006 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.

Im Bilanzgewinn von Euro 19.854.824 ist ein Gewinnvortrag von Euro 7.270 enthalten.



- Entwicklung der Rücklagen:

	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklage	Rücklage eigene Anteile
Stand per 01.01.2006	43.263.228	27.250.000	0
Zugang 2006			
• Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2005	0	13.050.000	
• Kapitalerhöhung 2006	0		
• Umgliederung		0	0
Abgang 2006	0		
Stand per 31.12.2006	43.263.228	40.300.000	0

## **NAME UND ANSCHRIFT DER PRÜFUNGSGESELLSCHAFT**

- Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Mergenthalerallee 3-5  
65760 Eschborn

## **MITGLIEDER DES VORSTANDES**

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
- Dietmar Krüger, Bankkaufmann

## **MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES**

- Prof. Dr. Manfred Willms, Vorsitzender, Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes e.V., Generalsekretariat
- Dr. Wolfgang Teske, stv. Vorsitzender, Vizepräsident und Finanzdirektor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.
- Christian Graf von Bassewitz, Bankier i. R.
- Dr. Robert Batkiewicz, Geschäftsführer der Ges. f. Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e.V.
- Rainer Brückers, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V.
- Dr. h.c. Jürgen Gohde, Präsident a. D. des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Rüdiger Schmidtchen, bis 22. 6.2006, stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e.V.
- Dr. Ulrich Schneider, ab 22. 6. 2006, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e.V.
- Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
- Berthold Simons, Direktor i. R.
- Dr. Ernst Thiemann, Geschäftsführer i. R.
- Michael Warman, stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

## **BERLIN UND KÖLN, 23. MÄRZ 2007**

Bank für Sozialwirtschaft AG  
Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt | Krüger

# BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 2. April 2007

Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Griess	Hunkel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

# GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

SEITE 58|59

## GESCHÄFTSSTELLEN

- 10178 Berlin | Oranienburger Straße 13/14  
Telefon 030.28402-0 | Telefax 030.28402-367 | [bfsberlin@sozialbank.de](mailto:bfsberlin@sozialbank.de)
- 01099 Dresden | Louis-Braille-Straße 8  
Telefon 0351.89939-0 | Telefax 0351.89939-585 | [bfsdresden@sozialbank.de](mailto:bfsdresden@sozialbank.de)
- 45127 Essen | Kennedyplatz 6  
Telefon 0201.24580-0 | Telefax 0201.24580-644 | [bfsessen@sozialbank.de](mailto:bfsessen@sozialbank.de)
- 30177 Hannover | Podbielskistraße 166  
Telefon 0511.34023-0 | Telefax 0511.34023-523 | [bfs hannover@sozialbank.de](mailto:bfs hannover@sozialbank.de)
- 76135 Karlsruhe | Steinhäuserstraße 20  
Telefon 0721.98134-0 | Telefax 0721.98134-688 | [bfskarlsruhe@sozialbank.de](mailto:bfskarlsruhe@sozialbank.de)
- 50668 Köln | Wörthstraße 15-17  
Telefon 0221.97356-0 | Telefax 0221.97356-177 | [bfskoeln@sozialbank.de](mailto:bfskoeln@sozialbank.de)
- 04109 Leipzig | Zimmerstraße 3  
Telefon 0341.98286-0 | Telefax 0341.98286-543 | [bfsleipzig@sozialbank.de](mailto:bfsleipzig@sozialbank.de)
- 39104 Magdeburg | Fürstenwall 3  
Telefon 0391.59416-0 | Telefax 0391.59416-539 | [bfsmagdeburg@sozialbank.de](mailto:bfsmagdeburg@sozialbank.de)
- 55116 Mainz | Fort-Malakoff-Park | Rheinstraße 4 G  
Telefon 06131.20490-0 | Telefax 06131.20490-669 | [bfsmainz@sozialbank.de](mailto:bfsmainz@sozialbank.de)
- 81679 München | Richard-Strauss-Straße 71  
Telefon 089.982933-0 | Telefax 089.982933-629 | [bfsmuenchen@sozialbank.de](mailto:bfsmuenchen@sozialbank.de)

## REPRÄSENTANZEN

- 99084 Erfurt | Pfeiffersgasse 13  
Telefon 0361.55517-0 | Telefax 0361.55517-20 | [bfs Erfurt@sozialbank.de](mailto:bfs Erfurt@sozialbank.de)
- 22297 Hamburg | Alsterdorfer Markt 6  
Telefon 040.253326-6 | Telefax 040.253326-80 | [bfs Hamburg@sozialbank.de](mailto:bfs Hamburg@sozialbank.de)
- 90489 Nürnberg | Sulzbacher Straße 42  
Telefon 0911.5815-401 | Telefax 0911.5815-403 | [bfs Nuernberg@sozialbank.de](mailto:bfs Nuernberg@sozialbank.de)
- 70173 Stuttgart | Königstraße 80  
Telefon 0711.62902-0 | Telefax 0711.62902-40 | [bfs stuttgart@sozialbank.de](mailto:bfs stuttgart@sozialbank.de)

## EUROPA-BÜRO DER BFS

- B-1040 Brüssel | Rue de Pascale 4-6  
Telefon 0032.2280277-6 | Telefax 0032.2280277-8 | [bfs bruessel@sozialbank.de](mailto:bfs bruessel@sozialbank.de)





